

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bensch, Borsdorf, Cösa, Erdmannshain, Fachsenhain, Groß- und Kleinsteinstenberg, Klinge, Köhra, Lindhardt, Pomzau, Stadtitz, Throna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 4.—, 1/2jährlich Mk. 12.—, ohne Auslagen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Kopfszeile 90 Pfg., auswärts 1.— Mk. Umhüllender Teil Mk. 2.—, Reklamszeile Mk. 2.—, Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—, Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestimmungen werden von den Auslegern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Genrat: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Günz & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 131

Freitag, den 4. November 1921

32. Jahrgang

Amthliches.

Die nächste Mutterberatungsstunde findet Freitag, den 4. ds. Mts. von 12 Uhr mittags bis 2 Uhr nachmittags in der neuen Schule im Lehrzimmer und Zimmer 4 statt.

Naunhof, am 2. November 1921. Der Bürgermeister.

Sonnabend, den 5. November 1921, vorm. 10 Uhr sollen im Gasthof „Stadt Leipzig“ in Naunhof als Versteigerungsort: 1 Nähmaschine, 1 Damenfahrrad und 1 Tefschin gegen Barzahlung meistbielend versteigert werden.

Grimma, den 1. November 1921. Q 718 21.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Wie behauptet wird, plant die Reichsregierung eine Erhöhung der Kohlensteuer von 20 auf 40 Prozent.
- Das preussische Kabinett Stegerwald ist zurückgetreten, führt aber vorläufig bis zur Bildung der neuen Regierung die Geschäfte weiter.
- In Berlin wurden die Mörder des früheren spanischen Ministerpräsidenten Dato verhaftet.
- Infolge des Rücktritts des Marxhies in Antwort laut dieser auch an der Berliner Witwenkassette. Der Dollar wurde mit ungefähr 191 Mark bezahlt.
- Im englischen Unterhaus teilte Chamberlain mit, die amerikanische Regierung habe mitgeteilt, sie beabsichtige ihre Besatzungstruppen am Rhein zu vermindern.
- Die irische Frage in England hat eine bedenkliche Zuspitzung erfahren. Lord George soll beabsichtigen, lieber zurückzutreten, als einen Bürgerkrieg zu führen.
- Die griechische Regierung ist auf einstimmigen Kabinettsbeschluss zurückgetreten.

Die preussische Kabinettskrise.

Von einem mittelparteilichen Politiker wird uns geschrieben:

Man kommt nicht zur Ruhe in Deutschland, nicht im Reich, nicht in Preußen. Raum hat Herr Dr. Wirth mit vieler Mühe ein neues Kabinett zusammengestellt, sieht sich der preussische Ministerpräsident unverzüglich über Nacht genötigt, sein Amt in die Hände der Volksvertretung zurückzugeben, und damit wird auch an dieser Stelle ein leerer Raum geschaffen, dessen Ausfüllung den Parteien wieder einmal recht arge Kopfschmerzen bereiten dürfte.

Den Anstoß zum Rücktritt des Preußenministeriums haben die Demokraten gegeben, die vor kaum mehr als Wochenfrist im Reich den Versuch unternahmen, allein, in Verbindung mit dem Zentrum eine neue Regierungskoalition zustandezubringen. Was sie dazu veranlaßte, die auf die gleichen beiden Parteien gestützte Regierungskoalition in Preußen zu Fall zu bringen, ist vorläufig zum Teil noch ihr Geheimnis. Man kann ihnen wohl nachempfinden, daß sie sich zurzeit nicht behaglich fühlen, denn ebenso wie bei den Stadtverordnetenwahlen in Groß-Berlin haben sie eben erst wieder bei den Landtagswahlen in Baden die Beobachtung gemacht, daß der Zug der Zeit ihrer Partei nicht günstig ist und daß anstehend auf absehbare Zeit keine Aussicht besteht, gerade die Demokratische Partei zum Mittelpunkt einer breit angelegten Koalitionspolitik anzuwachsen zu sehen. Was für die Demokraten bei der Neuordnung der Regierungsverhältnisse in Preußen herauskommen soll, ist schwer zu sagen. Die beiden Minister, durch die sie im Kabinett Stegerwald vertreten waren, Dominicus im Innern und Fischhof im Handel, leisteten nach allgemeinem Urteil gute Arbeit, und man konnte wohl verstehen, daß ihre Fraktion sie nicht missen wollte. Mit ihrer Mittelung an Herrn Stegerwald, daß auch in Preußen durch die Ereignisse der letzten Zeit eine neue Lage geschaffen und damit die Notwendigkeit eingetreten sei, freie Bahn für eine neue Regierungsbildung zu gewinnen, ist diese freie Bahn in erster Reihe für die Sozialdemokraten geschaffen worden, deren hauptsächlichste Forderung darin besteht, das Ministerium des Innern wieder mit ihrem Parteimitgliede Sebering zu besetzen. Was, wenn dies geschähe, für die Demokraten dann noch übrig bliebe, würde schwerlich die Übernahme einer politischen Mitverantwortlichkeit für die weitere Entwicklung in Preußen lohnen. Man sagt, daß die Sozialdemokratie durch direkte Anlage entschiedener Opposition den Demokraten Angst und Schrecken einjagt habe, so daß sie einen Beschluß fassen, dessen Tragweite im Augenblick nicht ganz klar war. Dem sei so oder anders; jedenfalls werden den Gewinn aus der Krise in erster Reihe die Mehrheitssozialisten einstecken können.

Die Frage ist, was mit der Deutschen Volkspartei geschehen soll. Sie soll selber jetzt noch weniger Reizung haben, mit den Linksparteien zusammenzugehen, als zuvor und wird vielleicht den Standpunkt einnehmen, wer jetzt im Reich ohne sie auskommen wolle, der solle es auch in Preußen mit einer einseitig zusammengesetzten Regierung versuchen. So würden im wesentlichen Zentrum und Sozialdemokraten die Ministerämter unter sich zu verteilen haben, und die herbeigewünschte Einheitslichkeit der Regierungsverhältnisse im Reich und in Preußen wäre hergestellt.

Ob eine so schmale Regierungskoalition dort oder hier Anspruch auf längere Dauer erheben könnte, ist eine andere Frage. Das wissen natürlich die Leute aus allen Parteien sehr gut, die Sicherheit in die Geschäftsführung an der Spitze von Reich und Staat bringen wollen. Aber Eifersüchteleien, Verärgerungen, Mißtrauen und Wahrscheinlichkeiten aller Art binden die Hände, die frei sein müßten, wenn sie wirklich insstande sein sollten, eine tragfähige Basis für geordnete Aufbautätigkeit in Politik und Verwaltung zu leisten. Das Ministerium Stegerwald hat gerade nur ein halbes Jahr arbeiten können und hat in dieser Zeit immerhin einigen Nutzen gestiftet. Die Männer, die es ablösen sollen, werden auch nur die Wahl haben, Kompromißwege zu gehen und damit Unzufriedenheiten reichlich wie links in den Kauf zu nehmen, oder sich für goldene Rücktrittslosigkeiten zu entscheiden. Was aber in einem so schwierigen Staatswesen wie dem preussischen gewiß auch seine Bedenkslichkeiten hätte.

Die nächsten Schritte.

Nach Maßgabe der preussischen Verfassung tritt mit der Demission des Kabinetts kein regierungsloser Zustand ein, sondern die bisherigen Minister führen ihre Ämter bis zur Neubildung des Kabinetts weiter, so daß alle laufenden Geschäfte selbstverständlich erledigt werden. Die zunächst notwendigen Maßnahmen sind die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten durch den Landtag (da ja in Preußen im Gegensatz zum Reich keine „Ernennung“ des Regierungschefs stattfindet) und die Einigung der Parteien über den Zusammenschluß einer neuen Regierungskoalition. Naturgemäß muß die Koalition feststehen, ehe die Wahl des Ministerpräsidenten stattfinden kann, und daher wird der Preussische Landtag im Anschluß an seinen Zusammenritt am Donnerstag sich wohl sofort wieder versetzen, um den Fraktionen Gelegenheit zu den notwendigen Verhandlungen zu geben.

Da die große Koalition augenblicklich noch auf große Hindernisse stößt, und da die „alte“ Koalition zwischen Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten jetzt seine Mehrheit mehr besitzt, nachdem einige oberpreussische Abgeordnete ausgeschieden sind, so rechnet man, wie unterrichtete Stellen erklären, mit der Wahrscheinlichkeit eines „Übergangskabinetts“, in welchem einige Posten vorläufig mit Beamten besetzt werden, um sie für die Deutsche Volkspartei offen zu halten.

Im neuen Kabinett wird zweifellos der frühere sozialdemokratische Minister des Innern Sebering auf seinen bisherigen Posten zurückkehren, denn diese sozialdemokratische Forderung ist der eigentliche Angelpunkt der ganzen Krise. Die Sozialdemokraten hatten bei den Verhandlungen, die in der Frage der Regierungsbildung schon einige Zeit im Gange waren, zuletzt eine Art Ultimatum gestellt, worin sie ankündigten, daß sie sich von diesen Verhandlungen zurückziehen würden, wenn nicht alsbald eine Regierung gefunden würde, an der sie selbst wieder beteiligt wären. Die Sozialdemokraten erheben jetzt auch den Anspruch, daß ihr früherer Ministerpräsident Otto Braun wieder in dieses Amt eingesetzt wird, doch rechnet man andererseits durchaus noch mit Stegerwalds Wiederwahl.

Die Lage in der Ukraine.

Die Presse zur preussischen Krise.

Aus den Äußerungen der Parteiblätter zur preussischen Kabinettskrise kann man diesmal verhältnismäßig weitgehende Schlüsse ziehen. Man findet nicht nur Urteile, die die grundsätzliche Stellung der Parteien widerspiegeln, sondern erkennt auch recht deutlich, wo die Burzeln des plötzlichen Rücktrittsbedarfs zu suchen sind, und welche Ziele damit verfolgt werden. Die rechtliche Nebenpartei haben mit der ganzen Angelegenheit diesmal überhaupt nichts zu tun, und ihre Blätter beschränken sich daher auf allgemeine Meinungsäußerungen, die im wesentlichen auf scharfen Tadel hinauslaufen.

Die Deutsche Tageszeitung sagt: „Das Reich kann man zurzeit nahezu führerlos nennen, denn die Politik Wirth geht immer verwirrender und gefährlicher dahin. Und in diesem Augenblick wirkt auch Stegerwald die Linie im Korn und überläßt das preussische Staatsschiff rudertlos den Gewalten der Parteistürme. Die Demokraten sind scheinbar völlig passiv geworden und spielen in diesem Augenblick ein geradezu verwerfliches Spiel.“ — Der Berliner Lokalanzeiger meint, es sei denkbar undemokratisch und unparlamentarisch, durch die Drohung mit der Obstruktion den Eintritt in die Regierung zu erzwingen, wie es die Sozialdemokraten getan hätten. So etwas könne sonst in keinem parlamentarisch regierten Lande vor. — In der Täglichen Rundschau lesen wir: „Ein parlamentarisches Babanuschpiel, keine, aber auch gar keine Würdigung, daß der taumelnde Zirkus zu dem von ihnen gemeinten Ziel fährt. Die Folge des demokratischen Schwadentreibens kann das Gegenteil von allem werden, was sie sich dabei vorstellen.“ — Die Deutsche Allg. Zeitung brüht die Hoffnung aus, daß die politische Rolle Stegerwalds noch nicht ausgespielt sei, denn er sei stets ein energischer Vorkämpfer der großen Koalition gewesen, weil er klar erkannte, daß sie eine Staatsnotwendigkeit sei.

Die Presse der Demokraten, also derjenigen Partei, deren Entschluß den unmittelbaren Anstoß zur Regierungskrise gab, läßt im Gegensatz zur Rechtspreffe der Hoffnung breiteren Raum, daß dieser Entschluß nun auch günstige Folgen haben möge.

Die Politische Zeitung stellt fest, daß eine kurze Krise annehmbarer als eine übermäßige Verschleppung der Kabinettsbildung sei. Man arbeite sich der Hoff-

nung hin, die Übergangsregelung werde wirklich einen beträchtlichen Schritt auf dem Wege zur großen Koalition darstellen. — Ganz ähnlich äußert sich das Berliner Tageblatt mit den Worten: „Wir wollen hoffen, daß der entscheidende Schritt der Demokraten dazu beitragen wird, der unwürdigen Komödie der Irrungen und Wirren, unter der bisher die preussische Politik völlig hilflos, ein Ende zu machen.“ — Eine Sonderstellung in der demokratischen Presse nimmt die Frankfurter Zeitung ein, die Herrn Stegerwald nicht besonders freundlich gesinnt ist und daher bezweifelt, daß der Rücktritt des Kabinetts Herrn Stegerwald allzu schmerzhaft sei. Es werde ihm recht sein, sich für andere Zeiten aufheben zu können. Fürs erste sei es eine Erleichterung der politischen Lage, daß er jetzt scheidet.

Den meisten politischen Ausschluß erhält man diesmal jedoch aus der sozialistischen Presse. Nur in diesen Blättern werden bereits bestimmte Forderungen für die Zukunft ausgesprochen, ein deutliches Zeichen davon, daß der Entschluß der Demokraten tatsächlich im Hinblick auf die Haltung der Sozialdemokraten gefaßt worden ist, und daß daher die eigentliche Urheberschaft des Regierungsrücktritts auf dieser Seite zu suchen ist.

Der Vorwärts sagt: „Die Sozialdemokratie hat das Kabinett Stegerwald nicht gestützt — dieses ist in sich selbst geborsten — sie kann also in Ruhe warten, was geschieht. Natürlich wird sich die Sozialdemokratie grundsätzlich nicht versagen, wenn man sie zur Mitarbeit ruft. Aber wer sie ruft, soll sich darüber klar sein, daß es für die Sozialdemokratie bei der Neubildung des Ministeriums nur ein Ziel geben kann: daß in Preußen demokratisch und republikanisch regiert werde.“ — Noch schärfer kommt dieser Standpunkt in der unabhängigen Freiheit zum Ausdruck, wo es heißt: „Ein Rück der Sozialdemokratischen Partei nach rechts in Preußen müßte die parlamentarische Grundlage der Regierung Wirth im Reich, die auf die Mitarbeit der Unabhängigen angewiesen ist, erschüttern. Es kann in Preußen nur das eine oder das andere geben: entweder eine Regierung, die ein energisches und consequentes Reformprogramm aufstellt, oder aber die Öffnung des schärfsten Kampfes der gesamten Arbeiterklasse gegen die Fortsetzung des reaktionären Kurses, den die Regierung Stegerwald bisher gesteuert hat.“

Damit sind die Parteien für den neuen Parteikampf ausgegeben, dessen Ausbruch schon seit langem im stillen vorbereitet war, und über dessen Ausgang auch in gutunterrichteten parlamentarischen Kreisen bisher noch keine feste Ansicht gefaßt werden konnten.

Englisch-irischer Bürgerkrieg?

Lloyd Georges Rücktrittsabsichten.

Die erste Wendung in der irischen Frage ruft große politische Erregung wach. „Evening Standard“ verbreitet das Gerücht, daß Lloyd George lieber abdanken würde, als Krieg gegen Irland führen. Ein Nachfolger für Lloyd George könne nur Erfolg haben, wenn er nicht durch dieselben Verpflichtungen gebunden sei wie Lloyd George. In Regierungskreisen werde erklärt, daß die englisch-irischen Verhandlungen ein äußerst ernstes Stadium erreicht hätten. Wie weiter gemeldet wird, würden bei einem Abbruch der Verhandlungen Neuwahlen vorgenommen werden. Lloyd George soll alle Hoffnung, nach Washington reisen zu können, aufgegeben und beschlossen haben, das Land nicht zu verlassen, wenn die Gefahr eines neuen Bürgerkrieges in Irland nicht behoben sei.

In dem Bericht über die Rede Lloyd Georges war gefaßt worden, daß ein Teil des Beweismaterials dafür, daß Waffenverschiebungen nach Irland vorbereitet wurden, auf Verleihen der deutschen Regierung hinweise. Es liegt ein Übermittlungsfehler vor. Lloyd George sagte in Wirklichkeit, ein Teil dieses Beweismaterials sei einer Aktion der deutschen Regierung zu verdanken.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Einnahmen der Reichseisenbahn.

Die Einnahmen der Reichsbahn betragen vom April bis September d. J. im Personen- und Gepäckverkehr 3 268 290 (immer in 1000 Mark gerechnet) (im gleichen Zeitraum des Vorjahres 2 325 967), im Güterverkehr 9 469 842 (5 181 696), aus sonstigen Quellen 433 697 (251 759), zusammen also 13 171 829 (i. V. 7 759 422). Im Durchschnitt der Jahre 1912 und 1913 haben die Monate April bis September im Personenverkehr 56,85 Prozent, im Güterverkehr 49,38 Prozent der Jahreseinnahme gebracht. Von der im Haushalt 1921 veranschlagten Verkehrseinnahme hätten danach bis Ende September im Personenverkehr rund 2923 Millionen, im Güterverkehr 10 617 Millionen erzielt werden müssen. Im Personenverkehr sind demnach 345 Millionen mehr, im Güterverkehr 1147 Millionen weniger einkommen. Der Personenverkehr hat sich unter dem Einfluß des günstigen Wetters und des verbesserten Fahrplanes im Sommer 1921 sehr günstig entwickelt.

Die Bedrohung der „Deutschen Werte“.

Aber den Inhalt der deutschen Rede über die von den Alliierten geplante Zerstörung der „Deutschen Werte“ wird bekannt, daß die deutsche Regierung in ihrem Schreiben gegen das Vorgehen der Entente in dieser Angelegenheit nicht nur Protest erheben wird. Sie wird wahrscheinlich auch erklären, daß die Ententeforderung gegen den Versailler Vertrag verstoße und wird außerdem noch auf die

berat!
rückkommen.
mann Becker
der Eingabe
en nicht mehr
ng der Wahl
g ganz gleich
wählt werden,
ge lerner, wie
us dieses zeit-
Wochen diese
en besprochen
schon um der
steren Wahlen
eder mann.
Besprechung im
in Naunhof —
P.D.
en) Naunhof
ber abends
ng
Büste, die coll.
abl.
h.
Arbeiter.
uß
des
t:
— Mk.
50 Mk.
ur=
rimma.
heringe
h, bei
Markt 4.
ing dar-
e sagen
in Dank.
21.
Frau
bübläum
ir allen
zlich-
gesang-
ndchen.
Frau
al Teil-
guten
ndel
unden
Dank.
del
z.